

DL21-Programmbausteine für die Bundestagswahl 2021

Verabschiedet auf der DL21-Mitgliederversammlung am 18. Oktober 2020

Die Welt in der wir Leben – warum es Zeit für einen linken Aufbruch ist

Angesichts immensen erarbeiteten Reichtums, großer schöpferischer Produktivität und globaler Zusammenarbeit ist eine Welt ohne Not, Furcht und Gewalt längst möglich. Da aber auch die Armut groß ist, muss die bisherige Politik falsch gewesen sein.

Die extreme soziale Ungleichheit wird täglich größer. Nach konservativen Erhebungen beliefen sich die Vermögen der Ultrareichen im Juli 2020 global auf 10,2 Billionen Dollar; ein neues Rekordhoch. Sie sind damit noch mitten in der weltweiten Gesundheitskrise angestiegen und profitieren von dem Abwürgen der Wirtschaft in der Pandemie.

Diese Vermögen befinden sich in den Händen von weltweit 2.189 Milliardären (seit 2017 plus 31). Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besitzt nicht einmal ein Prozent des globalen Vermögens. Die Konzentration von Vermögen ist auch die Konzentration von Macht. Die Ungleichheit ist eine wesentliche Ursache für die Klimakrise und ihre mangelhafte Bekämpfung, für Ernährungsunsicherheit, für eskalierende Gewaltkonflikte, geopolitische Verwerfungen, für über 79 Millionen Flüchtlinge weltweit sowie eine tiefe Krise der demokratischen Institutionen.

Die bisherige Politik hat der wachsenden Ungleichheit weder hierzulande noch global entgegengewirkt. Auch in Europa gilt, dass die Vermögensverteilung und die Konzentration wirtschaftlicher Macht einer menschenwürdigen Entwicklung der Gesamtgesellschaft und dem Erfordernis eines sozial-ökologischen, zivilen und global gerechten Umbaus der Wirtschaftsweisen entgegenstehen. Die solidarische Gewährleistung von Gesundheit, sozialer Sicherung, Arbeit, Bildung, Kultur und Infrastruktur für alle erfordert, dass Gemeinwohl vor Profitwohl geht. Das macht einen Aus- und Wiederaufbau von demokratischer Sozialstaatlichkeit und sehr weitreichende Regulierungen der Märkte – vom Finanzmarkt bis zum Arbeitsmarkt – erforderlich.

Gewerkschaften und etliche zivilgesellschaftlichen Bewegungen kämpfen für eine humanistische Wende. Wir kämpfen an ihrer Seite und für einen Strategiewechsel in der Politik.

35 Auf dieser Grundlage haben wir unsere Linken Programmbausteine für die
36 Bundestagswahl formuliert

37

38 **Es ist Zeit für einen linken Aufbruch**

39 Die SPD verharrt bei Umfragewerten zwischen 14 und 17 Prozent. Nach Jahren in einer
40 Koalition mit CDU/CSU müssen wir feststellen, dass viele Menschen an der Kraft der
41 SPD zu grundsätzlichen Veränderungen zweifeln.

42 Wir müssen wieder überzeugen, dass wir Politik für das Wohl und die Interessen des
43 Großteils der Bevölkerung machen. Diese Überzeugung, dass wir Politik für das Wohl
44 und die Interessen des Großteils der Bevölkerung machen, bedeutet: Wir wollen einen
45 aktiven und handlungsfähigen und gerechten Staat, unsere Politik orientiert sich an
46 den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, wir treten kompromisslos für ein friedliches
47 Miteinander der Völker ein.

48 Diese Überzeugung, dass wir uns hierüber absolut sicher und einig sind, bedeutet: Wir
49 verfolgen eine Politik der langen und klaren Linie und nicht der kleinen Spiegelstriche,
50 unser Ziel ist ein linkes Reformbündnis, das eine alternative zum jetzigen
51 Regierungsbündnis darstellt. Und nur so können wir auch für außerparlamentarische
52 gesellschaftliche Bewegungen politische Ansprechpartner sein.

53 Gerade in einer Zeit wachsender Ungerechtigkeit und wachsender Unsicherheit und
54 Zukunftsängste müssen wir als SPD mit einem klaren politischen Kompass ein Angebot
55 machen. Unser Angebot ist eine Politik der gerechten Verteilung von Macht, Zeit und
56 Geld.

57

58 **1. Gemeinsam für den aktiven und handlungsfähigen Staat**

59 Mehr Staat, weniger privat muss die Lehre aus den vom Neoliberalismus geprägten
60 politischen Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte sein. Wir wissen: Nur ein aktiver
61 Staat, der für seine Bürgerinnen und Bürger da ist und ihre dauerhafte Partizipation fördert
62 und will, ist wichtiger Garant für unsere Demokratie und den sozialen Frieden

63 Mit diesem Wissen um die Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen
64 und Bürgern wollen wir Bereiche der Daseinsvorsorge stärken, damit das Vertrauen in
65 die Versorgungssicherheit des Staates wiederhergestellt wird. Wir fordern deshalb
66 Versorgungsbereiche mithilfe einer Verfassungsänderung vor dem Einfluss der Märkte
67 und Profitinteressen zu schützen und auch erfolgte Privatisierungen rückgängig zu
68 machen.

69 Dies betrifft die für ein funktionierendes Gemeinwesen notwendigen Angebote an
70 sozialen Dienstleistungen, Versorgung und Entsorgung, Infrastruktur und Verkehr,

71 Sozialwirtschaft, Justiz, Sicherheitsbehörden und Verwaltung, Kultur, Bildungswesen
72 und Wohnungswesen. Diese Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir nicht weiter den
73 Sparzwängen aussetzen und unter betriebswirtschaftlichen Aspekten betrachten,
74 sondern durch Investitionen attraktiver und für alle gleichermaßen zugänglich machen.
75 Wir wollen die Bereiche der Daseinsvorsorge im Grundgesetz konkret verankern und
76 absichern. Konkret geht es um folgende Handlungsfelder:

77

78 a. Öffentliche Daseinsvorsorge

79 Wir erleben, dass Liberalisierung und Privatisierung die Ungleichheit in der Gesellschaft
80 fördern. Wasserversorgung, Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Nahverkehr,
81 Telekommunikation, Bildungsangebote, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und
82 Pflegeinfrastruktur, aber auch Sparkassen dürfen nicht dem Wettbewerb und freien
83 Markt ausgesetzt werden. In diesen Bereichen ist der Irrweg des Neoliberalismus
84 besonders stark zu spüren. Diese Wirtschaftsbereiche sind für die Bevölkerung
85 grundlegend und unverzichtbar für gerechte Teilhabe. Diese Bereiche gehören in die
86 Hände des Staates.

87 Wir wollen eine starke Gemeinwohlverpflichtung der grundlegenden und
88 unverzichtbaren Lebensbereiche und werden diese so klar gesetzlich regeln, wie dies
89 durch den europäischen Verfassungsvertrag grundsätzlich möglich ist.

90

91 b. Gesundheit

92 Unser Gesundheitssystem krankt schon lange an einer Profitorientierung und der
93 Dominanz von Marktlogik. Wir wollen das Gesundheitssystem ausschließlich danach
94 ausrichten, was Bürgerinnen und Bürger brauchen, um präventiv, kurativ und
95 rehabilitativ unterstützt zu werden. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen, von der
96 Prävention bis zur Palliativversorgung. Wir wollen im Gesundheitswesen und in der
97 Pflege keine Orientierung am Profit, sondern an der Versorgungsqualität für alle und
98 der Solidarität der Finanzierung von allen.

99 Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu einer verlässlichen und nicht am
100 Gewinn orientierten dritten Säule im Gesundheitswesen ausbauen. Die
101 Coronapandemie zeigt, dass gerade dem öffentlichen Gesundheitsdienst eine zentrale
102 Rolle zukommen muss.

103 Wir wollen im Pflegebereich den bisherigen Vorteil der privaten Pflegeanbieter
104 beenden und den Aufbau von Pflegeinfrastruktur zu einer staatlichen Aufgabe
105 machen.

106 Wir wollen die Privatisierung von Krankenhäusern aufhalten und zurückführen und
107 durch öffentliche Investitionen des Bundes Krankenhäuser wieder in öffentliche Hände
108 geben.

109 Wir wollen Versorgung in Regionen denken und verbindliche regionale
110 Gesundheitskonferenzen einrichten, die über Versorgungsstrukturen entscheiden.

111

112 c. Bildung

113 Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems gibt es nur auf dem Papier. Der Staat
114 gewährleistet keinen kostenlosen, barrierefreien, diskriminierungsfreien und
115 lebenslangen Zugang zu allen Bereichen der Bildung. Immer noch haben es Kinder aus
116 bildungsfernen Familien ungleich schwerer an den Bildungsangeboten zu
117 partizipieren.

118 Wir wissen, Ziele von Bildung sind Selbstbestimmungsfähigkeit,
119 Mitbestimmungsfähigkeit Solidaritätsfähigkeit und das Lernen voneinander. Bildung
120 gehört für uns damit zu den Grundrechten aller Menschen und ist ausschlaggebend
121 für das Gelingen der Gegenwart und der Zukunft.

122 Wir wollen, dass Bildung lebenslang kostenlos ist und selbstverständlich zu allen
123 Lebensbereichen gehört.

124 Wir wollen auch, dass die Investitionen in Bildung und Forschung deutlich erhöht
125 werden.

126 Wir wollen, dass der Forschungsbereich an Universitäten nicht auf Drittmittel
127 angewiesen ist, sondern die Unabhängigkeit von Forschung gewährleistet ist.

128 Wir wollen ein elternunabhängiges BaFöG für alle.

129 Wir brauchen eine Renaissance der politischen Bildung, auch im außerschulischen
130 Bereich.

131 Bildung soll sich an der Idee des Friedens, an gesellschaftlichen Erfordernissen und der
132 vollen Entfaltung der Persönlichkeit orientieren. In diesem Sinne müssen die
133 Friedenspädagogik an Schulen ausgebaut und an Universitäten Zivilklauseln
134 eingeführt und die Friedens- und Konfliktforschung gestärkt werden.

135 Die Digitalisierungsbestrebungen im Bildungsbereich müssen durch demokratische
136 öffentliche Kontrolle reguliert werden, müssen finanziell ausreichend untersetzt sein,
137 dürfen Profitinteressen nicht nachkommen, sondern dürfen nur in didaktisch sinnvoller
138 Weise realisiert werden. Sie dürfen Lernen in Präsenz nicht verdrängen.

139

140

141 d. Wohnen

142 Wohnen wird für viele zu einem immer zentraleren Problem. Der Anteil am
143 Einkommen, der für Mieten ausgegeben werden muss, wird immer höher. Die Zahl der
144 Sozialwohnungen ist gemessen am Bedarf massiv zurückgegangen, ebenso der
145 Bestand an Wohnungen mit Mietpreisbindung.

146 Wir wollen, dass Baugrundstücke im öffentlichen Eigentum bleiben und zurückgekauft
147 werden. Die Ausweisung von Bauland muss daran geknüpft werden, dass dieses in
148 öffentlichem Eigentum ist und nur an Dritte verkauft werden darf, wenn spekulativer
149 Weiterverkauf ausgeschlossen ist.

150 Zur Schaffung von Wohnraum müssen bundeseigene Baugrundstücke den Kommunen
151 günstiger und schneller zur Verfügung gestellt werden.

152 Den sozialen Wohnungsbau für bestimmte Zielgruppen wollen wir auch darüber
153 fördern, dass Wohlfahrtsverbände und gemeinwohlorientierte soziale Träger Bauland
154 günstiger zur Verfügung gestellt bekommen und mehr finanzielle Unterstützung zur
155 Schaffung von zielgruppenspezifischen Wohnraumes erfahren.

156 Wir wollen eine Bodensteuer einführen, um das Zurückhalten von Bauland zur
157 spekulativen Wertsteigerung zu besteuern.

158 Wir wollen einen Mietendeckel und die Einführung von Normmieten für Wohnraum
159 sowie die Begrenzung der Modernisierungsumlage.

160 Wir wollen Verordnungen gegen Wohnraumzweckentfremdung und den Neubau von
161 mindestens 400.000 bezahlbaren Wohnungen pro Jahr. Wir wollen die Möglichkeit der
162 Enteignung bei Wohnungsnot aktiv einsetzen.

163 Die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit war ein schwerer Fehler. Sie muss wieder
164 eingeführt werden, um gemeinwohlorientiertes Bewirtschaften und Errichten von
165 Wohnraum wieder finanziell attraktiv zu machen.

166 Wohnraum und Gebäude, die aus spekulativen Gründen besonders in Großstädten
167 leerstehenden, wollen wir für die Unterbringung von Wohnungslosen temporär
168 beschlagnahmen.

169

170 e. Mobilität

171 Privatisierungen im Bereich des ÖPNV und der digitalen Netze haben die Versorgung
172 schlechter gemacht. Wir wollen die vollständige Rücknahme der Privatisierung von
173 Bahn und ÖPNV. Um gleiche Lebensbedingungen in Städten, Kommunen, in urbanen
174 und ländlichen Lebensorten zu garantieren, ist Mobilität Grundvoraussetzung.
175 Schienennetze und digitale Netze gehören in öffentliche Hand.

176 Wir wollen die Deutsche Bahn und den kommunale ÖPNV sowie digitale Netze
177 umbauen. Sie sollen als Anstalten des öffentlichen Rechtes dezidiert nicht
178 gewinnorientiert arbeiten, sondern dem Gemeinwohl dienen.

179 Im Sinne einer Bürger*innenbahn für alle wollen wir durch Netzausbau und
180 Reaktivierung das Land in der Fläche wieder an den Schienenverkehr anbinden. Dies
181 gilt auch für den Güterverkehr.

182 Wir wollen weiterhin die Vision eines kostenlosen Nahverkehrs im ganzen Land
183 umsetzen. Mit allen diesen Maßnahmen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur
184 Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

185

186 f. Finanzdienstleister

187 In der derzeitigen pandemiebedingt verschärften Wirtschaftskrise erleben wir wie
188 unverzichtbar ein starker öffentlicher Finanzsektor ist. Durch die Bereitstellung von
189 zahlreichen Hilfen über die KfW konnten im Frühjahr 2020 die größten
190 wirtschaftlichen Schocks insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen
191 aufgefangen werden. Private Finanzdienstleister haben den Finanzsektor erheblich
192 geschwächt.

193 Die deutsche Bankenaufsicht BaFin hat in den vergangenen Jahren nicht unbedingt
194 gegläntzt. Insbesondere im Jahr 2020 und bei der Insolvenz von Wirecard wurde
195 deutlich, wo die Schwächen liegen und dass eine Stärkung der Aufsicht unumgänglich
196 ist.

197 Wir wollen eine Finanzaufsicht, die ihren Namen auch verdient, und umfassende
198 Kontrollmöglichkeiten besitzt, um notwendige strengere Regulierungen des
199 Finanzsektors auch durchsetzen zu können.

200 Wir wollen, dass Sparkassen und Landesbanken als Finanzsäule im Drei-Säulen-Modell
201 des Finanzsektors ihre Aufgaben im öffentlichen Interesse unter Beachtung des
202 Gemeinwohls betreiben und für die Bevölkerung und für die mittelständische
203 Wirtschaft Dienstleistungen erbringen, denn „Die Erzielung von Gewinn ist nicht der
204 Hauptzweck des Geschäftsbetriebes“ (Sparkassengesetz von NRW). Das muss
205 eingehalten werden.

206

207 **2. Gemeinsam für gute Arbeit und einen starken Sozialstaat**

208 Wirtschaftsdemokratie ist für die Sozialdemokratie ein wesentliches Ziel – sowohl
209 heute als auch historisch.

210 Arbeit und Beschäftigung sind wesentliche Faktoren für ein erfülltes und
211 selbstbestimmtes Leben. Ein starker Sozialstaat ist nötig, damit Bürgerinnen und

212 Bürger, die materielle und soziale Unterstützung brauchen, solidarisch selbstbestimmt
213 am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können und bei Krankheit,
214 Pflegebedürftigkeit, im Rentenalter und bei Arbeitslosigkeit gut abgesichert sind.

215 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erarbeiten den Wohlstand, in diesem Land, von
216 dem nur wenige profitieren. Sie haben Anspruch auf angemessene Entlohnung und
217 Mitbestimmung und darauf, dass Wirtschaftsbereiche, die für das Leben der Menschen
218 grundlegend und unverzichtbar sind, den Marktlogiken und den Gewinninteressen
219 von Wenigen entzogen werden.

220 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf Fortbildung und
221 Weiterbildung und einen umfassenden Schutz bei Arbeitslosigkeit.

222 Vollbeschäftigung muss wieder zum Ziel staatlichen Handelns gemacht werden.
223 Arbeitsplätze entstehen nicht durch individuellen Fleiß, Arbeitslosigkeit ist ein
224 massenhaftes, systemisches Problem. Vollbeschäftigung ist zu erreichen durch die
225 Stärkung der Arbeitnehmerrechte, die gesetzliche Verbesserung der
226 Arbeitsbedingungen, die Ausweitung öffentlicher Beschäftigung und den Kampf für
227 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich, der politisch zu
228 forcieren ist. Dass der Staat bei dieser Aufgabe versagt, ist nicht den Arbeitslosen in
229 die Schuhe zu schieben. Jegliche Stigmatisierung verbietet sich. Mit hinreichenden
230 Transferleistungen in jeder Lebenslage ist die gesellschaftliche Teilhabe zu
231 ermöglichen.

232 Die tiefgreifende Transformation der Arbeitswelt erfordert es, die zunehmende
233 Vielfältigkeit der Positionen, Interessen und Milieus der Arbeitenden in den Blick zu
234 nehmen, aber das ihnen bleibend Gemeinsame zu erkennen und in neue Formen des
235 Sozialstaats einzubringen.

236 Im ersten Schritt wollen wir die folgenden Änderungen durchsetzen:

237

238 a. Öffentliche Beschäftigung

239 Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der Wiedervereinigung
240 deutlich gesunken. Die Ausgaben für Beschäftigung im öffentlichen Sektor sowie der
241 Erhalt der öffentlichen Infrastruktur von Bund, Ländern und Gemeinden liegt jeweils
242 unter dem OECD-Durchschnitt. Dies ist das Ergebnis einer Privatisierung weiter Teile
243 öffentlicher Daseinsvorsorge, dazu zählen ehemals kommunale Krankenhäuser aber
244 auch die Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung
245 oder Straßenreinigung. Bereits jetzt fehlen dem öffentlichen Sektor mindestens
246 300.000 Mitarbeiter*innen. Durch das altersbedingte Ausscheiden vieler Beschäftigter
247 wird sich der Personalmangel der öffentlichen Hand im kommenden Jahrzehnt massiv

248 verstärken. Das führt zu einer deutlichen Schwächung z.B. des öffentlichen
249 Gesundheitssektors und Behinderung z.B. geförderter Wohnungsbauprojekte.

250 Die Jahrzehnte neoliberaler Sparpolitik haben das Vertrauen in die
251 Versorgungszuverlässigkeit des Staates erheblich geschwächt, denn die
252 Teilhabemöglichkeiten der Bevölkerung sind zu einem erheblichen Teil auch von den
253 Dienstleistungen und den vom Staat vorgehaltenen Versorgungsstrukturen abhängig
254 und davon, dass der Staat auch Arbeitsplätze bietet, die jenseits der
255 Marktmechanismen angesiedelt sind. Daher ist ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt
256 mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Personen, die
257 längerfristig bzw. dauerhaft nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können,
258 ebenfalls bedeutsam.

259 Wir wollen einen Ausbau der öffentlichen Beschäftigung um mindestens 300.000
260 Stellen bis 2025.

261

262 b. Mitbestimmung

263 Fritz Naphtali hat den Begriff Wirtschaftsdemokratie maßgeblich geprägt, um den
264 Kapitalismus zu regulieren und die Mitbestimmung auszubauen. Der Rätegedanke ist
265 Teil der Wirtschaftsdemokratie und ermöglicht(e) es Arbeitnehmer*innen sich in
266 Betriebs- und Personalräten gegen die Kapitaleseite zu organisieren. In dieser
267 politischen Traditionslinie haben Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ und Hans
268 Matthöfer „Humanisierung der Arbeit“ mehr Teilhabe eingefordert und auch
269 begonnen umzusetzen. Wir wollen diesen Weg entschieden fortsetzen.

270 Wir wollen in Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten die
271 Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei wirtschaftlichen Angelegenheiten stärken.
272 Betriebsräte sollen auch Initiativrechte erhalten, um bei der „Transformation“
273 (Digitalisierung, klimaneutrale Produktion und Produkte) besser mitwirken zu können.

274 Wir wollen auf Unternehmensebene die paritätische Mitbestimmung in den
275 Aufsichtsräten auf alle Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten ausdehnen.
276 Aktuell gilt für Unternehmen mit 500 bis unter 2.000 Beschäftigten das
277 Drittelbeteiligungsgesetz.

278 Für die europäische Rechtsform Societas Europaea (SE) wollen wir die paritätische
279 Mitbestimmung verpflichtend einführen. Aktuell gilt hier das Vorher-Nachher-Prinzip.

280 Langfristig wollen wir die volle paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten wie
281 seinerzeit in der Montan-Mitbestimmung erreichen und durch Vertreter*innen des
282 öffentlichen Interesses zusätzlich zu den Vertreter*innen der Eigentümer*innen und
283 Arbeitnehmer*innen ergänzen. Bei Unternehmen mit bis zu 10.000 Beschäftigten soll
284 ein*e Vertreter*in von der jeweiligen Landesregierung benannt werden. Bei

285 Unternehmen mit mehr als 10.000 Beschäftigten sollen zwei Vertreter*innen von der
286 Bundesregierung benannt werden. Dazu sind Ergänzungen in der Verfassung und in
287 den EU-Verträgen erforderlich.

288 Wir wollen viertelparitätisch zusammengesetzte Abstimmungs- und
289 Entscheidungsräte auf europäischer, bundesdeutscher und regionaler Ebene. Die vier
290 beteiligten Gruppen sind Arbeitnehmer*innen, Kapitaleigner*innen, öffentliche Hand
291 und Zivilgesellschaft.

292 Die Behinderung von Betriebs-/Personalräten, Mitarbeiter*innenvertretungen und
293 Gewerkschaften, wie etwa Union Bashing, wollen wir wirksam bekämpfen. Auch dazu
294 soll der oben genannte Parlamentsausschuss Maßnahmen erarbeiten, die wir
295 umsetzen werden.

296

297 c. Arbeitsbedingungen im digitalen Kapitalismus

298 Der digitale Wandel bietet große Chancen, das Arbeitsleben menschlicher zu gestalten.
299 Viele Beschäftigte, die monotone oder gesundheitsschädliche Tätigkeiten ausführen,
300 könnten unterstützt und entlastet werden. Dies schafft auch Freiräume für erfülltere
301 und selbstbestimmte Arbeit, birgt aber auch große Risiken für die Gesellschaft. Wir
302 wollen daher die Digitalisierung aktiv begleiten, kontrollieren und gestalten.

303 Die Beschäftigungsrisiken des digitalen Wandels dürfen nicht auf die einzelnen
304 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden. Die Gewerkschaften sind
305 bereits aktiv. Mit Hilfe von Rationalisierungsschutzvereinbarungen versuchen sie,
306 betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen. Zudem drängen sie darauf, in den
307 bedrohten Bereichen die Arbeitszeit zu verkürzen.

308 Aber auch die Politik steht in der Verantwortung. Sie muss jetzt arbeitsmarkt- und
309 bildungspolitisch handeln, um den digitalen Wandel sozialverträglich zu gestalten.

310 Wir wollen ein Transformationskurzarbeitergeld, um durch eine vorausschauende
311 berufliche Weiterbildung die Menschen in Beschäftigung zu halten.
312 Wir wollen eine starke branchenübergreifende Weiterbildung. Dafür sollte ein
313 bundesweiter Weiterbildungsfond eingerichtet werden, der die betriebliche und
314 individuelle Weiterbildung fördert – auch in Zeiten von Arbeitslosigkeit.

315 Wir wollen einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung auch in Teilzeit.
316 Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeiter*innenvertretungen brauchen
317 erzwingbare Mitbestimmungsrechte bei der Einführung neuer Technologien. Dafür
318 muss das Betriebsverfassung- und Personalvertretungsgesetz reformiert werden.

319 Wir wollen einen wirksamen Beschäftigtendatenschutz, welcher die Überwachung und
320 Fremdsteuerung der Beschäftigten unterbinden kann.

321 Der Gesundheits- und Arbeitsschutz muss an die digitale Arbeitswelt angepasst
322 werden. Wir wollen eine Anti-Stress-Verordnung.

323 Menschen, die heute auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt oder vom
324 Erwerbsleben ausgeschlossen sind, können durch die Digitalisierung eine bessere
325 Möglichkeit auf Teilhabe in der Arbeitswert erhalten. Diese Chancen müssen wir nutzen
326 und umsetzen.

327 Die Förderung und Ermöglichung von mobiler Arbeit oder Vertrauensarbeitszeit ist
328 arbeitsvertraglich und flächentariflich abzusichern und auszuweiten. Dies verspricht
329 eine Anpassung an aktuelle Berufs- und Lebensverhältnisse, wenn sie selbstbestimmt
330 sind.

331 Plattformen müssen arbeitsrechtlich reguliert werden. Es muss rechtlich klargelegt
332 werden, dass Plattformbetreiber für ortsgebundene Jobs eine Arbeitgeberfunktion
333 haben. Folglich müssen sie künftig auch Sozialversicherungsbeiträge entrichten.
334 Bezüglich des Beschäftigungsstatus müssen diese Unternehmen nachweisen, dass sie
335 nicht wie ein Arbeitgeber agieren (Umkehr der Beweislast).
336 Solo-Selbständige müssen – zusammen mit ihrer Gewerkschaft – ihre Interessen
337 kollektiv vertreten können und dürfen nicht unter das Kartellrecht gestellt werden.

338

339 d. Hartz IV abschaffen, Jobcenter in Agentur für Arbeit überführen

340 Hartz IV steht für eine Politik der Diskriminierung. Das wird deutlich durch die
341 Zuständigkeit des Jobcenters für Menschen im ALG-II-Bezug.

342 Wir wollen die Hürden für den Arbeitslosengeldbezug durch Erleichterung des
343 Zugangs zur Arbeitslosenversicherung durch Verlängerung der Rahmenfrist von zwei
344 auf wieder drei Jahre abbauen, d.h. dass innerhalb von drei statt zwei Jahren wieder
345 zwölf Monate gearbeitet werden muss, um Anspruch auf Arbeitslosengeld I zu haben.

346 Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I muss wieder in Abhängigkeit von
347 vorherigen Beschäftigungszeiten und dem Alter auf bis zu 36 Monate erhöht werden.

348 Wir wollen die Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes das oberhalb des
349 Grundsicherungsniveaus für Alleinlebende liegt. Ebenso wie die Einführung eines
350 Arbeitslosenanschlussgeldes für Beschäftigte die 24 Monate
351 sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben. Dieses soll zwei Jahre gezahlt werden
352 und um umfasst 58 Prozent des letzten Nettolohns. Dieses soll aus Steuermitteln
353 finanziert werden.

354 Wir wollen einen Rechtsanspruch auf aktive Fördermaßnahmen. Dies umfasst ein Recht
355 auf Weiterbildung, ein Recht auf verstärkte, intensivierete Vermittlung, Beratung und
356 Betreuung und ein Recht auf einen öffentlich geförderten Arbeitsplatz. Während der
357 Weiterbildung gibt es ein zusätzliches Weiterbildungsgeld. Die Förderung für

358 Langzeitarbeitslose ist massiv auszubauen, vor allem, was Qualifizierung und
359 Vermittlung – auch in einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt – betrifft.

360 Die Bundesagentur für Arbeit ist wieder als Agentur für alle Menschen ohne
361 Beschäftigung zuständig.

362 Die Grundsicherung ist bedarfsgerecht nach den Vorschlägen der Wohlfahrtsverbände
363 anzuheben. Diese existenzsichernde Leistung ist von Sanktionen auszunehmen und
364 individuell, das heißt, nicht an Bedarfsgemeinschaften gekoppelt. Kinder benötigen
365 eine eigene Grundsicherung, in der alle ihnen zustehenden Leistungen
366 zusammengefasst werden.

367 Die Bedürftigkeitsprüfung und die Anrechnung von „Vermögen“ stellen wir
368 grundsätzlich in Frage. Die derzeitigen Grenzen sind viel zu niedrig, sie entwürdigen
369 und lösen Angst aus. Wir wollen die Abschaffung der Sanktionen für Bezieher*innen
370 von Grundsicherung. Das Existenzminimum ist tabu. Wir wollen eine Anpassung der
371 Zumutbarkeitsregelungen bei ALG II an ALG I. Als zumutbar gilt in Zukunft nur noch
372 nicht-prekäre, tariflich bzw. ortsüblich bezahlte Arbeit, die der Qualifikation der
373 Betroffenen entspricht.

374 Wir wollen die Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten pro Monat und den Deckel
375 abschaffen. Das betrifft insbesondere Saisonarbeiter*innen wie Erntehelfer*innen und
376 z.B. Menschen, die wie Schauspieler*innen oder Grafikdesigner*innen von
377 unregelmäßigen Aufträgen leben.

378

379 e. Rente

380 Rente ist eines der zentralen Gerechtigkeitsthemen. Die Angst vor Altersarmut ist groß
381 und berechtigt. Und die Vorstellung, im Alter den Lebensstandard massiv einschränken
382 zu müssen, bereitet Sorgen. Die Vorstellung trotz jahrzehntelanger Arbeit im Alter auf
383 Grundsicherung angewiesen zu sein, lässt Arbeitnehmer*innen auch an „der Politik“
384 zweifeln.

385 Wir wollen das Vertrauen in den Sozialstaat durch eine Rente, die armutsfest ist und
386 lebensstandardsichernd ist, zurückgewinnen:

387 Wir wollen, dass die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder so
388 ausgestaltet wird, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung
389 verkommt. Das gesetzliche Rentenniveau muss deutlich oberhalb von 50 % stabilisiert
390 werden. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

391 Wir wollen die Riesterreute abschaffen. Sie verhindert nicht, dass
392 Geringverdiener*innen in Grundsicherung fallen, sie verteilt staatliche Förderung
393 hauptsächlich an diejenigen, die ohnehin gut verdienen und gut abgesichert sind. Es
394 darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme

395 welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den
396 Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) zu schließen.

397 Wer einmal in die Rentenkasse gezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten,
398 als dies durch die bloße Grundsicherung der Fall wäre. Eine Grundrente deutlich
399 oberhalb der Grundsicherung und ohne Bedürftigkeitsprüfung ist die richtige
400 Maßnahme.

401 Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente müssen für alle spürbar sein. Von
402 den verlängerten Zurechnungszeiten profitieren bislang nur Neurentner*innen ab Juli
403 2014.

404 Unser Ziel ist die Einführung einer Erwerbstätigenrente ohne
405 Beitragsbemessungsgrenze, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten
406 Beiträge zahlen.

407 Die Mütterrente und andere versicherungsfremde Leistungen müssen steuerfinanziert
408 sein.

409 Wir wollen, dass Betriebe mit hohen Gewinnen und wenigen Mitarbeiter*innen sich
410 stärker an der Finanzierung der Rente beteiligen. Eine Digitalisierung der Arbeitswelt,
411 die in gewissen Branchen zu Arbeitsplatzabbau führen kann, darf nicht bedeuten, dass
412 Unternehmen sich der sozialen Verantwortung entziehen.

413

414 f. Arbeitsversicherung

415 Im digitalen Zeitalter gewinnen lebenslanges Lernen und das Angebot von
416 Fortbildungen immer mehr an Bedeutung. Der Staat muss beides gezielt finanziell
417 fördern. Die bisherigen Instrumente reichen für die absehbaren Bedarfe nicht mehr
418 aus.

419 Wir wollen deshalb eine Arbeitsversicherung einführen, mit der Arbeitnehmer*innen
420 sich frühzeitig noch im Arbeitsverhältnis weiterbilden können und durch die so einer
421 Arbeitslosigkeit vorgebaut wird. In diese paritätisch zu finanzierende
422 Arbeitsversicherung müssen alle einzahlen und jede*r soll ein Recht auf Weiterbildung
423 haben – unabhängig von Qualifikation und Beruf. Die Arbeitsversicherung würde dabei
424 helfen, mögliche Arbeitsplatzverluste durch die Digitalisierung zu verhindern und ist
425 somit ein wichtiger Baustein des Sozialstaates für das 21. Jahrhundert.

426

427 **3. Gemeinsam für Umverteilung**

428 Ein aktiver und handlungsfähiger Staat braucht Einnahmen. Diese werden bislang
429 größtenteils über die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuern durch Haushalte von
430 abhängig Beschäftigten und von Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen

431 geschultert. Zusätzlich hat sich der Staat durch die Schuldenbremse eine gesetzlich
432 massive Ausgabenbeschränkung auferlegt. Diese wurde zwar jetzt in der einer
433 „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesetzt, soll aber wieder gelten, wenn
434 diese Lage aufgehoben wird.

435 Wir wollen durch gerechte Einkommensteuer, die Streichung der Privilegien für
436 Superreiche und die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung die Einnahmen
437 des Staates verbessern. Wir wollen die Schuldenbremse streichen. Diese beiden
438 grundsätzlichen Punkte, gerechte Steuern und die Streichung der Schuldenbremse,
439 machen bedarfsgerechte Investitionen in gesellschaftliche Infrastrukturen möglich und
440 unterstützen einen aktiven und handlungsfähigen Sozialstaat und wirken damit
441 verteilungsgerecht. Die Schuldenbremse steht für einen schwachen Staat.

442

443 a. Einkommenssteuer

444 Der aktuelle Grundfreibetrag von 8.652 Euro ist zu niedrig und der Steueranteil, der
445 Einkommen zwischen 8.652 Euro und 13.669 Euro ist zu hoch. Der Spitzensteuersatz
446 von 42 Prozent wird bereits bei einem Einkommen von 54.000 gezahlt und die
447 Reichensteuer mit zusätzlich 3 Prozent wird erst bei einem Einkommen von 250.000
448 gezahlt. Dieser Einkommensteuertarif belastet überproportional die unteren
449 Einkommen und entlastet die Bezieher*innen der obersten Einkommen.

450 Wir wollen: die unterste Tarifzone, durch die geringe und mittlere Einkommen belastet
451 werden, abschaffen. Den Grundfreibetrag muss auf 11.000 Euro erhöht werden.
452 Beginnend bei 11.000 Euro mit einem Steuersatz von 22 Prozent wird der
453 Spitzensteuersatz von 49 Prozent bei 70.000 Euro erhoben. Die Reichensteuer von 3
454 Prozent wird ab 125.000 Euro erhoben.

455 Wir wollen das Ehegattensplitting abschaffen.

456

457 b. Abgeltungssteuer

458 Die Abgeltungssteuer, also die Besteuerung von Kapitalerträgen und Zinseinkünften,
459 wollen wir wie Arbeitseinkommen besteuern. Damit entfällt die Vorzugbehandlung.
460 Sämtliche Kapitaleinkünfte sind wieder im Rahmen der jährlichen Steuererklärung zu
461 deklarieren. Eine steuerfreie Mitnahme von Kursgewinnen aus Wertpapieren soll nicht
462 möglich sein.

463

464 c. Unternehmensbesteuerung und Digitalsteuer

465 Wir wollen den Gesamtanteil am Steuereinkommen durch die Körperschaftssteuer
466 erhöhen und daher den Körperschaftssteuersatz wieder auf 25 % anheben.

467 Unternehmen müssen wieder stärker an der Finanzierung der Infrastruktur und
468 Dienstleistungen beteiligt werden.

469 Die Besonderheit der Hightech-Giganten wie Alphabet (Google), Amazon, Facebook
470 oder Tesla ist allerdings nicht allein die Rationalisierung oftmals auf Kosten der
471 Arbeitnehmer*innen, vor allem der niedrig Qualifizierten. Es sind vielmehr ihre extrem
472 hohen Investitionen in Innovationen. Statt hohe Renditen an Aktienbesitzer*innen zu
473 zahlen, haben sie eine extrem hohe Marktkapitalisierung und einen hohen Aktienwert.
474 Ihr massives Druckmittel besteht in ihrer Standort- und Steuerpolitik. Sie entfliehen
475 ihrer Steuerverantwortung durch den Druck auf nationale Regierungen und zahlen
476 kaum Steuern an ihrem Standort. Hier müsste es eine klare Steuerregelung geben.
477 Dazu hat die Europäische Kommission 2018 wichtige Vorschläge formuliert:

- 478 • Die Einführung einer Körperschaftsbesteuerung nach digitaler Präsenz.
- 479 • Die Einführung einer Übergangssteuer für
 - 480 ○ „Erträge aus dem Verkauf von Online-Werbeflächen,
 - 481 ○ Erträge aus digitalen Vermittlungsgeschäften, die Nutzern erlauben, mit
 - 482 anderen Nutzern zu interagieren und die den Verkauf von Gegenständen und
 - 483 Dienstleistungen zwischen ihnen ermöglichen,
 - 484 ○ Erträge aus dem Verkauf von Daten, die aus Nutzerinformationen generiert
 - 485 werden.“ (EK 2018)

486

487 d. Vermögenssteuer und Erbschaftsteuer

488 Die Ungleichheit wächst. Sogar aus der Corona-Pandemie gehen Höchstvermögende
489 noch reicher hervor. Die Zunahme der Vermögensungleichheit resultiert insbesondere
490 auch daraus, dass Vermögen nicht besteuert werden und auch Erbschaften privilegiert
491 sind. Dem Staat entgehen dadurch Milliarden an Steuereinnahmen.

492 Wir wollen eine Vermögens- und Erbschaftssteuer, deren Bemessungsgrundlage bei
493 natürlichen und juristischen Personen das Nettogesamtvermögen, das präzise
494 definiert wird, ist.

495 Ab einem Nettogesamtvermögen von einer Millionen Euro wollen wir 1 Prozent
496 erheben, ab 20 Millionen Euro 1,5 Prozent, ab 100 Millionen 1,75 Prozent und ab 1
497 Milliarde Nettogesamtvermögen wollen wir 2 Prozent erheben. Bei
498 Zusammenveranlagung bei Ehegatten oder Lebenspartnerschaften verdoppelt sich
499 der Freibetrag. Damit wollen wir Superreiche stärker in die Pflicht nehmen. Nach DGB-
500 Berechnungen würden dies mindestens 25 Milliarden an Steuermehreinnahmen
501 bedeuten.

502 Wir wollen die Bevorzugung und die weit reichenden Möglichkeiten, große
503 Erbschaften einer angemessenen Besteuerung zu entziehen, abschaffen.

504 Auch Auslandsvermögen sollen steuerpflichtig sein, soweit sie nicht durch
505 Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt sind.

506 Durch die Einführung einer Meldepflicht der Banken über Wert und Umfang der in
507 ihrem Gewahrsam befindlichen Vermögensgegenstände wollen wir den Steuervollzug
508 sicherstellen.

509

510 e. Finanztransaktionssteuer

511 Seit Jahren wird die Finanztransaktionssteuer, also die Besteuerung spekulativer
512 Finanztransaktionen, gefordert, um diese einzudämmen und zusätzliche
513 Steuereinnahmen zu erzielen. Denn während auf Güter des täglichen Bedarfs
514 Umsatzsteuer zu zahlen ist, müssen seit Abschaffung der Börsenumsatzsteuer auf
515 Finanzprodukte keine Steuern gezahlt werden.

516 Während die EU-Kommission 0,01 Prozent erheben will, wollen wir den Steuersatz auf
517 0,1 Prozent festlegen.

518

519 f. Finanzmarktregulierung

520 Finanzprodukte, die keinen realwirtschaftlichen Nutzen haben, sollen verboten
521 werden, die Beweispflicht soll bei den Finanzmarktakteuren liegen. Schattenbanken
522 (Hedgefonds u.a.) sind zu verbieten. Sogenannte Credit Default Swaps sind zu
523 verbieten, weil mit ihnen auf die Verschuldung von Staaten gewettet wird. Steuer- und
524 Regulierungsloosen müssen ausgetrocknet werden. Selbstständig ablaufender
525 Hochfrequenzhandel soll verboten werden.

526 Wir wollen die Banken wieder auf ihre Kernfunktion zu reduzieren. Wir benötigen
527 [billige] Kredite für die Realwirtschaft sowie geschützte Einlagen. Dies kann nur über
528 ein Bankensystem verwirklicht werden, in dem Stabilität Vertrauen erzeugt und in dem
529 Kundengeschäft und Investmentbanking getrennt werden.

530 Eine drohende Privatisierung von Geld durch Kryptowährungen wird abgelehnt. Eine
531 staatliche Kontrolle des international kommenden Kryptowährungssystems ist
532 politisch anzustreben.

533

534 **4. Gemeinsam für den Frieden**

535 Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden und ist stolz auf die
536 Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Diese Politik muss wieder

537 konsequent verfolgt werden. Wir müssen wieder deutlich machen, dass Frieden mehr
538 ist als die Abwesenheit von Krieg. Sozialdemokratische Außenpolitik muss die
539 Friedensidee wieder umfassend und thematisch breit fördern. Die verschiedenen
540 globalen und regionalen Krisen der letzten Jahre machen überdeutlich, dass wir uns
541 wieder an unseren ursprünglichen Leitbildern orientieren müssen. Die Vereinten
542 Nationen haben sich bereits 2015 (sog. Agenda 2030) erstmals auf Ziele verständigt,
543 die alle Mitglieder, jeweils bei sich und untereinander, bis Ende dieses Jahrzehnts
544 gemeinsam erreichen sollen, damit unsere Welt eine lebenswerte Zukunft hat.

545

546 a. Friedensförderung

547 Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und
548 multilateraler Ebene wird an den Zielen der Förderung des Friedens und der
549 nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet. Wir sprechen uns damit für
550 einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem vorrangorientierten
551 sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen zivilen und auf
552 die Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele orientierten Ansatz aus.

553 Eine sozialdemokratische Regierung wird daher – unter breiter Beteiligung – ein
554 entsprechendes Konzept erarbeiten und jährlich einen Bericht über ihre internationale
555 Politik der Friedensförderung vorlegen, ähnlich wie bei der nationalen
556 Nachhaltigkeitsstrategie.

557 Zur Friedensförderung gehören für uns faire Handelbeziehungen.

558

559 b. Zivile Konfliktlösung

560 Wir wollen einen Ausbau des zivilen Friedensdienstes und die deutliche Erhöhung der
561 Haushaltsmittel für die Programme zur zivilen Krisenlösung durch die
562 Bundesregierung. Es bedarf besserer finanzieller und personeller Unterstützung von
563 zivilen Missionen der OSZE und der EU, die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen
564 Zusammenarbeit mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft einschließlich Russlands,
565 Friedensmediation durch entsprechende Expert*innen und die Unterstützung von
566 Organisationen, die in Konfliktgebieten Zivilist*innen durch unbewaffnete
567 Begleitprogramme vor Angriffen schützen.

568 Auch auf EU-Ebene ist es nötig, mehr Ressourcen und Kapazitäten für zivile
569 Konfliktbearbeitung zu schaffen. Da die Glaubwürdigkeit von Friedensfachkräften und
570 Mediator*innen größer ist, wenn in ihrem Herkunftsland Konflikte konstruktiv und
571 gewaltfrei bewältigt werden, ist eine Förderung entsprechender zivilgesellschaftlicher
572 Initiativen im Rahmen eines Demokratiefördergesetzes auch ein wichtiger Beitrag zur
573 Friedenspolitik.

574

575

c. Diplomatie statt Militarisierung

576 Die unter dem Druck von NATO und vom Präsidenten der USA in dieser
577 Legislaturperiode beschlossene Erhöhung des Militärhaushaltes muss rückgängig
578 gemacht werden. Ganz grundsätzlich sind wir sicher, dass durch diese Auflösung von
579 transatlantischen Abhängigkeiten und die Entwicklung europäischer Vertragssysteme
580 nach außen Europas eigenständige Rolle in der Welt gestärkt werden würde. Wir
581 sehen, dass diese Entwicklung einer eigenständigen europäischen Friedenspolitik
582 gegebenenfalls eine Verminderung des US-amerikanischen Interesses an Europa zur
583 Folge haben könnte. Wir lehnen die Bestrebungen ab, die EU als militärischen
584 Machtblock zu entwickeln. Auf europäischer Ebene wollen wir auch in einen direkten
585 Gesprächskontakt mit Russland treten.

586 Das Nuklearabkommen mit dem Iran ist durch den einseitigen Rückzug der USA aus
587 den darin vereinbarten Sanktionserleichterungen stark gefährdet. Es bedarf dringend
588 diplomatischer Bemühungen um eine nukleare Aufrüstung im Mittleren Osten zu
589 verhindern. Die Militärinterventionen der letzten Jahre insbesondere in dieser Region
590 sind kontraproduktiv gewesen. Auslandseinsätze der Bundeswehr und der NATO darf
591 es höchstens anlassbezogen und mit UN-Mandat geben.

592

593

d. Migration, Flucht, Asyl

594 Wir fordern eine menschenrechtsfundierte Flüchtlings- und Migrationspolitik, die sich
595 zu Solidarität, Integration, Inklusion und Partizipation bekennt und die dem
596 humanitären Grundsatz verpflichtet ist. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl
597 und dessen vollumfänglicher Anwendung. Es müssen ungehinderter Zugang zur
598 Antragsstellung und wirksamer Rechtsschutz für Geflüchtete gewährleistet sein.
599 Familienzusammenführungen müssen sichergestellt werden. Wir befürworten die
600 dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen statt der Errichtung großer Lager. Im Falle
601 der Ablehnung eines Asylantrages lehnen wir die Abschiebung fliehender Menschen
602 in Staaten, wo ihnen Gefahr an Leib und Leben droht, ab. Einwanderungsrecht darf sich
603 nicht allein an wirtschaftlichen Interessen orientieren. Wir wollen durch humanitäre
604 Visa legale und sichere Flucht- und Zugangswege schaffen.

605 Wir wollen als kurzfristige Maßnahme den Bundesländern bzw. den Kommunen die
606 individuelle Aufnahme von Geflüchteten ermöglichen.

607 Auf europäischer Ebene muss endlich ein echtes gemeinsames Asylsystem geschaffen
608 werden.

609 Wir wollen, dass die Dublin-Verordnung überarbeitet wird und das Prinzip des
610 Ersteinreiselandes und der sicheren Herkunfts- und Drittstaaten fällt. Die

611 Kriminalisierung von NGOs, insbesondere der Seenotrettungsorganisationen ist nicht
612 hinnehmbar und muss beendet werden. Stattdessen muss endlich ein ziviles EU-
613 Seenotrettungsprogramm geschaffen werden. Migrationsdeals zulasten der
614 Flüchtlinge an der Außengrenze Europas lehnen wir ab.

615 Verstärkte Entwicklungspolitik ist der beste Weg zur Bekämpfung von Fluchtursachen.
616 Es braucht fairen Handel, den Abbau globaler Ungleichheit und die Beschränkung von
617 Waffenexporten.

618

619 e. Entwicklungspolitik

620 Die Sustainable Development Goals, die 17 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen,
621 müssen wieder unsere Grundlage der Entwicklungspolitik sein und konkret
622 ausgestaltet werden. Die von der jetzigen Bundesregierung auch über das Auswärtige
623 Amt praktizierte Politik u.a. mit dem Schwerpunkt Krisenintervention entspricht dem
624 nicht und die Ausrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
625 auf die Bewahrung deutscher Interessen in der Migrationspolitik lehnen wir ab.

626 Soziale Sicherheit, funktionsfähige Gesundheitssysteme und ein verlässlicher Zugang
627 zu lebensnotwendigen Gütern wie Lebensmitteln und sauberem Trinkwasser müssen
628 in der Entwicklungszusammenarbeit ganz im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele
629 weltweit angestrebt werden. Es bedarf des Aufbaus von Infrastruktur durch die
630 Stärkung der Zivilgesellschaft. Kompetenzen und Wissen lokaler und regionaler
631 Gemeinschaften müssen ernst genommen werden.

632 Wir wollen deshalb neben der Klima- und Umweltverträglichkeitsprüfung auch eine
633 Konfliktverträglichkeitsprüfung und ein Lieferkettengesetz einführen.

634 Wir wollen UN-Organisationen durch bessere finanzielle Beteiligung in die Lage
635 versetzen, ihren Aufgaben angemessen nachzukommen. Durch Wertschöpfung vor
636 Ort soll qualitatives Wachstum unter Einbeziehung fairer und damit gerechter
637 Preisgestaltung beim Rohstoffabbau und dem Handel mit Rohstoffen besonders auch
638 im Bereich der Nahrungs- und Genussmittel ermöglicht werden.

639

640 f. Abrüstung

641 Massenvernichtungswaffen und autonome Waffensysteme sind zu ächten und zu
642 verbieten.

643 Wir lehnen daher auch die weitere Entwicklung, Beschaffung und Anwendung
644 bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen für Deutschland und die Bundeswehr
645 kategorisch ab.

646 Wir fordern von der zukünftigen Bundesregierung weitere Initiativen zur
647 internationalen Ächtung der Letalen Autonomen Waffensysteme (LAWS) mit dem Ziel
648 eines internationalen, völkerrechtlichen Verbots sowie die Ausarbeitung und den
649 Beschluss einer nationalen Doktrin zu LAWS, die das Erfordernis menschlicher
650 Verfügungsgewalt festschreibt.

651 Wir werden alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen, die direkte und indirekte
652 Nutzung der US-Stützpunkte in Deutschland, insbesondere dem in Ramstein, für
653 völkerrechtswidrige Drohneneinsätze der USA zu beenden.

654 Wir unterstützen die internationale Gerichtsbarkeit von Internationalem Gerichtshof
655 und Strafgerichtshof und wollen niemanden davon ausnehmen.

656 Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa könnten den Abzug
657 der aktuell vorhandenen Atomwaffen aus Büchel absichern. Die US-amerikanischen
658 Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden. Die Stationierung neuer
659 Trägersysteme für US-Nuklearwaffen in Europa ist in jedem Fall abzulehnen.

660 Wir wollen, dass Deutschland möglichst schnell den UN-Atomwaffenverbotsvertrag
661 unterzeichnet.

662 Wir wollen auf europäischer Ebene, die Rüstungsausgaben um 10 Prozent senken.
663 Unser Ziel ist es, die Ausgaben der Verteidigungshaushalte auf 1 Prozent zu reduzieren.

664 .

665 g. Rüstungsexporte

666 In den letzten Jahren sind die deutschen Waffenexporte deutlich angestiegen. Dies
667 muss umgekehrt werden – für Großwaffen wie Kleinwaffen.

668 Wir lehnen es ab, dass Waffenexporte, die in Länder außerhalb der NATO und der EU
669 gehen, im Interesse der beteiligten Rüstungsunternehmen geheim gehalten werden.
670 Rüstungsexporte in Krisengebiete lehnen wir ab. Es ist eine Liste der Länder zu
671 erstellen, in die Deutschland keine Waffen liefert. Generell hat der Deutsche Bundestag
672 über alle Waffenexporte zu entscheiden. Mittel- und langfristig ist ein genereller Stopp
673 von Waffenexporten unser Ziel.

674

675 h. Fairer Welthandel

676 Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit und dem Willen zu
677 einem Weltfrieden aufgebaut werden. Daher sprechen wir uns für ein stärkeres
678 Engagement der Bundesrepublik in den internationalen und suprainternationalen
679 Institutionen aus, die die soziale Gerechtigkeit in der Welt fördern.

680 Im Sinne eines fairen Welthandels ist zudem der Außenhandelsbilanzüberschuss
681 Deutschlands durch staatliche Investitionen und Lohnerhöhungen abzubauen.

682

683

5. Gemeinsam für Klima und Umweltschutz

684 Für uns als SPD ist es zentral, eine ambitionierte Umwelt- und Klimapolitik sozial zu
685 gestalten. Einkommensstarke Haushalte tragen um ein Vielfaches mehr zur Klimakrise
686 bei als Einkommensschwache. Daher bietet ein CO₂-Preis, der sich an den realen
687 Umweltkosten orientiert, die ideale Voraussetzung für die soziale Balance in der
688 Klimapolitik.

689 Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet uns, die globale Erwärmung auf deutlich
690 unter 2°C, möglichst auf 1,5°C, zu begrenzen. Dafür muss Deutschland bis spätestens
691 2050 vollkommen treibhausgasneutral sein. Die bestehenden Klimaziele sind nicht
692 geeignet, Deutschlands Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise zu leisten und
693 zusätzlich sind die bisher beschlossenen klimapolitischen Maßnahmen bei weitem
694 nicht ausreichend, um nur diese unambitionierten Ziele zu erreichen.

695 Wir brauchen einen sozialen Neustart für den Klimaschutz. Dazu gehört die
696 Angleichung der Klimaziele an das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Niveau.
697 Zentral sind aber die Instrumente, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Wir
698 brauchen klare Regeln durch Ordnungsrecht und eine Steuerreform, die den Faktor
699 Arbeit entlastet und emissionsintensives Verhalten belastet.

700 Unabhängig von einem wirkungsvollen CO₂-Preis bedarf es sektorspezifischer
701 Maßnahmen in der Mobilität und Industrie, bei den Gebäuden und beim Ausbau der
702 Erneuerbaren Energien.

703

704 a. CO₂-Bepreisung

705 Wir fordern eine CO₂-Steuer von anfangs mindestens 35 Euro pro ausgestoßener
706 Tonne CO₂, die dann sukzessive an die realen Schadenskosten von rund 180 Euro die
707 Tonne CO₂ anwachsen würde. Dieses Modell ermöglicht, die zusätzlichen öffentlichen
708 Einnahmen durch die Steuer entweder in Form von Pro-Kopf-Klimaprämien oder durch
709 die gezielte Senkung anderer Steuern und Abgaben sozialverträglich zu gestalten.

710

711 b. Verkehr und Mobilität

712 Wir wollen eine Investitionsoffensive in den ÖPNV, in Radwege und die Technologien
713 der Zukunft. Das alles wird nur gehen, wenn wir zugleich das fossile Zeitalter der
714 Mobilität auslaufen lassen. Der individuelle PKW hat keine Zukunft – schon gar nicht,
715 wenn er nicht elektrisch betrieben wird. Daher fordern wir ein Verbot der
716 Neuzulassung von Benzin- und Diesel-PKW ab dem Jahr 2030. Wenn wir das Angebot

717 der Bahn endlich massiv ausbauen, gehören Inlandsflüge bis 2030 der Vergangenheit
718 an.

719 Die modernen decarbonisierten Antriebstechniken der (Auto)Mobilität sind staatlich
720 zu fördern. Die Elektromobilität und Wasserstoffantriebstechniken stehen dabei im
721 Vordergrund.

722

723 c. Planungswende im Städtebau hin zur sozial-ökologischen Stadtplanung

724 Wir setzen uns für ein Aufleben des Bundesprojekts Soziale Stadt unter Einbeziehung
725 ökologischer Planungsvorgaben ein. Es bedarf flächendeckender
726 Gebäudesanierungen, um Klimaneutralität im Bestand zu erreichen; Diese müssen
727 sozialverträglich durchgesetzt werden, z.B. durch Abschaffung (oder Reduzierung auf
728 z.B. 5%) der Modernisierungsumlage zulasten der Eigentümer. Wir sprechen uns für
729 eine Förderung neuer innovativer Konzepte für klimaneutrale Neu- und Umbauten aus.
730 Dazu gehören z.B. energieautarke Gebäude mit energieproduzierenden Einheiten
731 (Mieter-Solar-Strom).

732

733 d. Energiewirtschaft

734 Windräder und Photovoltaik sind bereits jetzt günstiger in Bau und Betrieb als Kohle,
735 Öl und Gas. Doch statt den Umbau hin zu einer treibhausgasneutralen
736 Energiegewinnung konsequent voranzutreiben, wurde viel zu lange auf die fossilen
737 Beharrungskräfte Rücksicht genommen. Wir brauchen jetzt den klaren Systemwechsel.
738 Alle Studien zeigen: Um unsere Klimaziele einzuhalten, muss der Kohleausstieg bis
739 spätestens 2030 abgeschlossen sein. Dafür müssen jetzt alle Kräfte freigesetzt werden,
740 um den stockenden Ausbau der Erneuerbaren Energien wieder in Fahrt zu bringen.

741 Deshalb wollen wir Anwohner*innen und Kommunen besser finanziell an den
742 Einnahmen beteiligen und die Abgaben und Umlagen beim Eigenverbrauch wie auch
743 beim Mieter*innenstrom auf das Notwendigste begrenzen. Herzstück einer
744 erneuerbaren Versorgung mit Strom und Wärme müssen kommunale Stadtwerke und
745 Bürger*innengenossenschaften sein. Denn Energie ist Teil der öffentlichen
746 Daseinsvorsorge und darf nicht dem Profitstreben der Energiekonzerne unterworfen
747 werden.

748 Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien über dezentrale Strukturen und
749 Speicher unterstützen.

750

751 e. Industrie

752 Deutschland ist Industrieland und Land der Dienstleistungen, denn der Großteil der
753 Beschäftigung wird in Dienstleistungsberufen angeboten. Aber insbesondere die
754 energieintensive Industrie steht vor großen Herausforderungen. Neben ambitionierten
755 Vorgaben für Energieeffizienz braucht es klar definierte Zielmarken, wie die
756 Prozessemissionen auf netto null gesenkt werden sollen. Schlüssel dafür ist der Einsatz
757 von grünem Wasserstoff und die Nutzung Erneuerbarer Energien, also Wind on- und
758 offshore und Photovoltaik. Wir werden neben dem massiven Ausbau im eigenen Land
759 auch Energiepartnerschaften mit anderen Ländern benötigen, um unsere Industrie mit
760 ausreichend Wasserstoff versorgen zu können. Dabei ist uns wichtig, dass diese
761 Partnerschaften auf Augenhöhe erfolgen und die Menschenrechte überall geachtet
762 werden.

763

764 f. Landwirtschaft und Natur

765 Neben der Klimakrise zerstören auch die immer mehr Ressourcen fressende
766 Intensivbewirtschaftung und die Massentierhaltung Ökosysteme und befördern das
767 Artensterben. Wir brauchen eine radikale Wende in der Agrarpolitik, die Naturschutz,
768 Tierwohl und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landwirte wieder in Einklang
769 bringt und den massiven Bodenaufkauf stoppt.

770 Der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung muss reduziert, Reserveantibiotika, die dann
771 eingesetzt werden, wenn andere Antibiotika nicht mehr wirken, komplett verboten
772 werden. Dafür brauchen wir auch eine Stärkung der klimagerechten und artgerechten
773 Tierhaltung und eine Begrenzung der Massentierhaltung.

774 Um die Stickstoffbelastung in der Landwirtschaft zu reduzieren, wollen wir den Einsatz
775 von effizienteren Düngemitteln fördern. Auch der Pestizideinsatz soll reduziert werden.
776 Die Überwachung des Grundwassers (auch in Industriegebieten) muss effektiver
777 gestaltet werden. Wir brauchen eine aktive Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft
778 und einen Stopp der Flächensubventionen. Der Flächenaufkauf von landwirtschaftlich
779 betriebenen Flächen durch Großkonzerne muss begrenzt werden. Zentral ist eine
780 grundlegende Reform der europäischen Gemeinsamer Agrarpolitik (GAP), die
781 immerhin gut ein Drittel des europäischen Haushaltes ausmacht. Die pauschalen
782 Direktzahlungen müssen schrittweise abgebaut und durch gezielte Förderung von
783 Umwelt-, Klima-, Biodiversität- und Tierschutzleistungen ersetzt werden.

784 Eine am Gemeinwohl ausgerichtete Agrarpolitik muss möglich gemacht werden.
785 Zudem muss die GAP sich an den neuen Zielen des European Green Deal ausrichten,
786 genauer an der EU-Biodiversitätsstrategie und der Farm-to-Fork-Strategie. Nur so
787 kann die überfällige Transformation der Landwirtschaft gelingen. Für nach bestimmten
788 Produktionskriterien erzeugte heimische Lebensmittel soll die Mehrwertsteuer gesenkt

789 werden. Diese Lebensmittel müssen dann auch entsprechend ausgezeichnet werden.
790 Um das Bewusstsein für gute Ernährung zu schaffen, wollen wir ein Kita- und
791 Schulprojekt „gesunde Ernährung“ schaffen.

792 Wälder tragen einen wichtigen Anteil an der Senkung der CO₂-Emissionen. Daher
793 ist eine klimagerechte Aufforstung ebenso die der Schutz natürlicher CO₂-Senker, wie
794 z.B. Moore, unerlässlich. Auch der Humusaufbau in Böden muss vorangetrieben
795 werden, da dieser gut für Klima und Biodiversität ist.